

254/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Waber, Wedra und Genossen an den Herrn Staatskanzler, betreffend die angeblich beabsichtigte Abtretung der Stadt Hardegg an der Thaya und des umliegenden Gebietes an die tschecho-slowakische Republik.

Der „Wiener Mittag“ brachte in seiner Nummer vom 19. Jänner d. J. eine Notiz, die eine in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschende Beunruhigung widerspiegelt und unter anderem folgendes ausführt:

„Wie wir erfahren, besteht das einzige positive Ergebnis der Prager Reise Dr. Kenner's in der bis jetzt verheimlichten Abmachung, gegen die Wiedergabe von Keldsberg, die älteste niederösterreichische Stadt, Hardegg an der Thaya, mit einem sich tief nach Süden erstreckenden, viele reindeutsche größere Ortschaften umfassenden Waldgebiete und einer blühenden zukunftsreichen Industrie den Tschechen abzutreten. Es scheint, daß die maßgebenden Kreise, die diese Abmachung in Prag voreilig getroffen haben, sich in keiner Weise bewußt sind, welchen ungeheuerlichen Mißgriff dieses Abkommen vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, ganz abgesehen von der nationalen Schädigung, für Deutschösterreich bedeutet. Aus dem Waldbestande des bedrohten Gebietes, der einen Wert von Hunderten Millionen darstellt, wird das ganze Flachland bis weit über Hollabrunn mit Nutz- und Brennholz versorgt. Auch die Lebensmittelversorgung Wiens würde durch den Entfall der nicht unbedeutenden Zufuhren aus diesen

Gegenden eine weitere Verschlimmerung erfahren. Hardegg selbst, die Perle des Thayaales, besitzt in seiner aufstrebenden Industrie eine der wenigen Valutaquellen unseres ohnehin nicht mit Industrien gesegneten Landes. Dieser verlustbringende Tausch hat seinen Grund in dem Wunsche der Tschechen, die für sie so notwendigen Wasserkräfte der Thaya in ihren ausschließlichen Besitz zu bringen und auszubauen. Deshalb wäre schon die Abtretung des Thayaflusses allein ein so wertvoller Tausch, daß die Zugabe von Hardegg und seiner Gebiete mehr als unverständlich bleibt.“

Doch schon vor dem Erscheinen dieser Zeitungsnotiz hatte die Bevölkerung Unruhe und Sorge ergriffen, wie deutlich aus telegraphischen und brieflichen Anfragen hervorgeht, die vom Gemeindeamte Hardegg und von Bewohnern der Stadt an Abgeordnete in dieser Angelegenheit gerichtet worden.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Staatskanzler die Anfrage:

„Ob er geneigt sei, zur Beruhigung der Bevölkerung der Nationalversammlung Bericht und Aufklärung über diese angeblichen Abmachungen zu geben?“

Wien, 21. Jänner 1920.

Dr. Angerer.
Schürff.
Krözl.
Grahamer.
Größbauer.

Dr. Waber.
Wedra.
H. Müller-Guttenbrunn.
Gleßin.
Stocker.

Staatsdruckerei, 36820